



HESSISCHER LANDTAG

22.03.2024

Plenum

Antrag

Fraktion der AfD

Kahlschlag in der hessischen Autoindustrie aufgrund falscher Anreize der Politik

Der Landtag wolle beschließen :

1. Der Landtag stellt fest, dass die Verlagerung von Unternehmensanteilen der hessischen Automobilindustrie ins Ausland auch in der neuen Legislaturperiode unvermindert weitergeht. Die Verlagerungen betreffen nicht nur die Verwaltung, sondern vor allem die Produktion und die Entwicklung insbesondere von Komponenten für die Herstellung von Verbrennungsmotoren.
2. Der Landtag stellt fest, dass aufgrund der Unternehmensverlagerungen der Verlust von zehntausenden von Arbeitsplätzen in der hessischen Automobilindustrie sowie bei deren Zulieferern in den nächsten Jahren droht.
3. Der Landtag erkennt den Zusammenhang an zwischen den vielfältigen Maßnahmen zur Abschaffung des Verbrennungsmotors wie dem EU-Verbrenner-Aus in 2035 und der bereits stattfindenden Verlagerung von Unternehmensanteilen in Märkte, wo der Verbrennungsmotor auch die nächsten Jahrzehnte als wichtiger Antrieb im Verkehr betrachtet wird.
4. Der Landtag bekennt sich zum Prinzip der sozialen Marktwirtschaft, in der Angebot und Nachfrage den Erfolg von Produkten bestimmen.
5. Der Landtag stellt fest, dass die aufgrund der Klimagesetzgebung angeblich notwendige Transformation der deutschen Wirtschaft die Automobilindustrie besonders stark bedroht und für die oben genannten Verlagerungen von Unternehmensteilen ins Ausland verantwortlich ist.
6. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesratsebene dafür einzusetzen, die sogenannte Transformation der Wirtschaft mit öko-planwirtschaftlichen Instrumenten, wie zum Beispiel dem Verbrennerverbot und weiteren Technologieverböten, sofort zu beenden und stattdessen die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen durch Senkung der Energiepreise, der Unternehmenssteuern und der Lohnnebenkosten zu verbessern, damit die hessischen Unternehmen wieder weltweit wettbewerbsfähig werden.
7. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, weiteren Schaden von der hessischen Automobilindustrie und der mittelständisch geprägten Zuliefererindustrie abzuwenden und sich auf Bundesrats- und EU-Ebene dafür einzusetzen, alle gegen den Verbrennungsmotor gerichteten Markteingriffe wie Technologieverbote und marktverzerrende Subventionen unverzüglich zu beenden.
8. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die einseitige Förderung von batterieelektrischen Fahrzeugen sofort zu beenden und die Technologieoffenheit in Bezug auf alle Antriebsarten gleichwertig zu unterstützen. Ein geeignetes Signal kann zum Beispiel die Umstellung der regierungseigenen Flotte auf Fahrzeuge mit neuester Dieselseltechnologie sein, die mehr Schadstoffe ansaugen als sie ausstoßen,
9. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, die marktwirtschaftlichen Rahmenbedingungen in Hessen zu verbessern, damit die Bereitschaft von Unternehmen, wieder in Hessen zu investieren, verbessert wird und der Investitionsabfluss, der seit drei Jahren auch aus der hessischen Wirtschaft stattfindet, so schnell wie möglich gestoppt wird.

10. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesratsebene dafür einzusetzen, dass die nationale CO₂-Bepreisung von Treibstoffen mit sofortiger Wirkung abgeschafft wird.
11. Der Landtag fordert die Landesregierung auf, sich auf Bundesrats- und EU-Ebene dafür einzusetzen, dass das politische Ziel des Ausstiegs aus dem Verbrenner-PKW im Jahr 2035 aufgegeben wird.

Begründung:

Die politisch erzwungene Transformation zur vermeintlichen Klimaneutralität in der deutschen Automobilbranche führt zu einem massiven Arbeitsplatzabbau. Entscheidungen wie das von CDU, SPD, Bündnis 90/Die Grünen und FDP unterstützte EU-weite Verbot von Verbrennungsmotoren 2035 und der auch durch die vorige Landesregierung massiv subventionierte Einstieg in die Elektromobilität haben in Hessen bereits zu einem massiven Stellenabbau in der Automobilindustrie geführt. Unternehmen wie Continental, Goodyear, Opel/Stellantis, VW in Baunatal, ZF, Bosch und Mahle bauen nicht nur in Hessen, sondern in ganz Deutschland tausende Arbeitsplätze ab und verlagern Investitionen ins Ausland, wo weiterhin auf die bewährte Verbrennertechnologie gesetzt wird. In der mittelständischen Zulieferindustrie in Hessen gehen weiterhin Arbeitsplätze verloren; Unternehmen wie das Eisenwerk Hasenclever & Sohn oder SD Automotive haben bereits Insolvenz angemeldet. Politisch herbeigeführte hohe Energiekosten, Regulierungsdichte, hohe Steuern und Abgaben und das generell autofeindliche Umfeld, hervorgerufen durch die Politik, belasten zusätzlich den Wirtschaftsstandort Hessen im internationalen Wettbewerb.

Wiesbaden, 22. März 2024

Der Parlamentarische Geschäftsführer:
Dr. Frank Grobe